

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Stettiner



Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. W. Offenbachs Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendasselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Zeitung

No. 10.

Abend-

Freitag, den 7. Januar

Ausgabe.

1859

Deutschland.

Berlin, 7. Januar. Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchste geruht, dem Vorsteher der Geheimen Registratur des Staats-Ministeriums, Kanzlei-Rath Wiese, den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath zu verleihen; den Gerichts-Assessor Rudolph Ferdinand Kloss zum Garnison-Auditeur in Danzig zu ernennen; so wie dem Kreissteuer-Einknehmer Schroeter zu Roßfeld in Regierungsbezirk Königsberg, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der Prinz-Regent hatte, wie die Elberf. Ztg. erfährt, am Neujahrstage auch eine Deputation der hiesigen städtischen Behörden sehr freundlich empfangen. In den huldvollen Worten an diese glückwünschende Deputation soll Se. k. Hoh. auch darauf hingewiesen haben, von welcher Wichtigkeit für die prosperische Fortentwicklung Preußens das Wackhalten in allen Dingen sei, in welcher Hinsicht auch von den städtischen Behörden sehr segensreich gewirkt werden könne.

Die Spen. Ztg. schreibt: In öffentlichen Blättern wiederholt sich seit einiger Zeit die Mittheilung (und hat auch in dem unsrigen Raum gefunden), daß in Betreff der amtlichen Stellung des evangelischen Ober-Kirchenraths Änderungen im Werke, und daß diese insbesondere dahin gerichtet seien, denselben in eine abhängige Stellung zu dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu versetzen. Es wird uns aus guter Quelle versichert, daß diese Mittheilungen eines Grundes entbehren.

Die Kreuzzeitung ist heute übel gelaunt. Die Neujahrsbetrachtung der ministeriellen Preussischen Zeitung ist ihr in die Glieder gefahren. Sie ruft dem Ministerium zu: Eine Zeit lang mag es noch gehen, in „Versöhnung“ und Vertuschung zu arbeiten; doch hinter dem Berge sind auch noch Leute, die zu Etwas kommen wollen und von den verehrlichen Juhabern des Geschäfts gelernt haben, wie man dazu gelangen kann. „Verwerfliches System“, „Camarilla“, „halbe, schwache alte Männer“, „Reminiscenzen aus der Zeit der Schmach“, „hermetische Abschließung der Krone“, „bureaucratische Dmnpotenz“, „ächten Rheinbundstils“ — es ist dies schon eine recht hübsche Blumenlese aus dem Ziergarten der ministeriellen Preß-Patrioten von heute, und es wird auch der gegenwärtigen Regierung nicht an „Mißvergünstigten“ fehlen, welche daraus ein Straußchen zu winden verstehen. Es versteht sich von selbst, daß man uns nicht als seine Reserve betrachten wird, und thäte man es doch: wir würden uns nicht als solche gebrauchen lassen. Unser Wahlspruch lautet auch: Entweder — oder; entweder mit dem, was man seit Jahren als seine Prinzipien und Ziele zur Schau getragen, wirklich Ernst gemacht — oder der Wahrheit die Ehre gegeben, der Wahrheit, daß man zwar viel geschmäht, aber doch dieselben Wege wandeln müsse, daß man zwar viel verheißt, aber eben nur „Rauch verkauft“, daß die Versprechungen zusammengekrummt, wie die, welche sie gemacht, und daß Preußen weder von Parteien, noch weniger von Ministern, sondern nur von seinen Königen regiert wird und regiert werden kann. Diese Erkenntnis und dies Bekenntnis wünschen wir der offiziellen Presse zum neuen Jahr.

Auf eine zur Zeit der Eröffnung der hannoverschen Zollvereins-Konferenz eingereichte Petition einer Reihe von preussischen Besitzern von Rübenzucker-Fabriken um Einführung einer Steuervergütung bei der Ausführung des Rübenzuckers als Ersatz für die eingetretene höhere Besteuerung der Rübenzucker-Industrie hat, wie man aus Berlin schreibt, die Regierung vor Kurzem (nachdem bekanntlich ein von Baden ausgegangener und von Preußen unterstützter Antrag auf Gewährung jener Bonifikation in Hannover die allgemeine Zustimmung nicht gefunden) dem Bescheid erteilt, daß sie die Sache im Auge behalten und bei der nächsten passenden Gelegenheit bei den übrigen Vereins-Regierungen wieder in Anregung bringen werde.

Die Nachricht von einer Erklärung Frankreichs gegen eine österreichische Intervention in Serbien findet ihre Bestätigung und Vervollständigung in einer Mittheilung in der H. V. Z., derzufolge die französische Regierung in einer an das Wiener Kabinett bereits vor dem 1. Januar gerichteten Note erklärt habe, daß sie das Einbringen Oesterreichs in Serbien als einen Casus belli betrachten werde.

Zu dem bereits vor einigen Tagen auf telegraphischem Wege gemeldeten Entschluß der Pforte, der Wahl des Fürsten Milosch zum Fürsten von Serbien ihre Anerkennung zu Theil werden zu lassen, soll, wie ein Wiener Korrespondent der H. V. Z. meldet, der türkische Kommissar in Belgrad, Rabuli Esfendi, wesentlich mitgewirkt haben, indem er einestheils den Fürsten Alexander bewogen, von seiner Protestation gegen die Beschlüsse der Stupschina abzusehen, andererseits aber auch in einem nach Konstantinopel erstatteten Bericht darauf hingewie-

sen habe, daß die Bestätigung der Wahl des Fürsten Milosch als fait accompli zur Vermeidung der bedenklichsten Verwicklungen nothwendig erscheine.

Die Nachricht, daß der achtzigjährige Fürst Milosch zu Gunsten seines Sohnes Michael auf den serbischen Thron Verzicht geleistet habe, bestätigt sich nicht.

Berlin, 6. Januar. Das im Artikel 104 der Verfassungsurkunde vorbehaltene „besondere Gesetz“ über die Einrichtung und Befugnisse der Ober-Rechnungskammer ist noch immer nicht erschienen. Die Ober-Rechnungskammer hat bekanntlich Decharge in Betreff der Verwendung der Staats-Einnahmen und Ausgaben zu erteilen. Wie man von hier der „Köln. Ztg.“ berichtet, würde die Regierung sich mit dem Ausbau der Verfassung nach dieser wichtigen Seite beschäftigen.

In der Sache des in Worms zu errichtenden Luther-Denkmal zeigt sich in jüngster Zeit neues, regeres Leben. Bald wird man das bisherige geringe, blos in 3200 Thaler bestehende Resultat der Sammlung in Preußen um ein Namhaftes gesteigert sehen, nachdem sich hier ein eigenes Komitee zur Betreibung dieser Angelegenheit in den Mitgliedern Jonas, Schow, Nisch, Naunh u. c. unter dem Obmann Dr. Bornemann gebildet hat; so daß die Ausführung des von Professor Nischel ausgearbeiteten neuen und großartigen Entwurfes, welcher weit mehr als die bis jetzt für das Luther-Denkmal eingegangenen 60,000 Thaler in Anspruch nimmt, möglich sein wird.

Aus einer Denkschrift des verstorbenen englischen Arztes Dr. Snow ist ersichtlich, daß derselbe die Königin Viktoria am 7. April 1853 als sie von dem Prinzen Leopold entbunden wurde, chloroformirte. Die Einathmung dauerte 53 Minuten und ward vermittelt eines Taschentuches bewerkstelligt. Auch am 14. April 1857 bei Gelegenheit der Geburt der Prinzessin Beatrice chloroformirte Dr. Snow die Königin. In beiden Fällen war die Königin von dem Resultate sehr befriedigt und der Doktor erklärte, daß er nie eine mysteriösere Patientin gehabt habe. Später sagte ihm einmal eine etwas neugierige und respektvolle Dame, der er Chloroform eingab, sie werde nichts weiter einathmen, wofür er ihr nicht Wort für Wort erzähle, was die Königin gesprochen habe, als sie chloroformirt worden sei. Der Doktor antwortete trocken: „Ihre Majestät that gar keine Frage, ehe sie weit längere Zeit Chloroform eingeathmet hätte, als Sie; und wenn Sie eine tüchtige Unterthanin sind und ihrem Beispiele folgen, sollen Sie Alles zu hören bekommen.“

Für das zu erwartende Kind des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm ist die Amme, eine verheirathete Frau aus der Gegend bei Minden in Westphalen, hier angekommen.

Das Osterfest fällt in diesem Jahre auf den vierundzwanzigsten April, was seit 1791 nicht der Fall war und sich vor dem Jahre 2011 nicht wieder ereignen wird. Seit Einführung des gregorianischen Kalenders war dies bisher nur der Fall in den Jahren 1639, 1707 und 1791. Die Obergrenze geht vom 22. März (frühestens) bis zum 25. April (spätestes Datum), so daß überhaupt 35 Kalenderformen möglich sind. In diesem Jahrhundert wird das späteste Datum auch nur einmal, nämlich 1886, vorkommen.

Der Professor der italienischen Sprache, Schartow, hieselbst, war der unbefugten Annahme des Dokortitels, des Adelsprädikats und Führung eines falschen Namens angeklagt, weil er ein durch die Zeitungen veröffentlichtes Inserat unterzeichnet hatte: Dr. Schartow v. Ruybroeck. Der erste Richter verurtheilte den Angeklagten wegen der drei zur Anklage gestellten Vergehen zu 10 Thlr. Geld event. 7 Tagen Gefängnißstrafe. Auf die Appellation des Angeklagten hat das Kammergericht ihn von der Annahme des Adelsprädikats freigesprochen, indem es der Appellations-Ausführung beitrug, daß der Name „Ruybroeck“ ein holländischer, und das bavorgelegte „v.“ gleichbedeutend mit dem holländischen „van“ sei, mithin nicht eine Annahme des Adels in sich schließe. Dagegen wurde das erste Erkenntnis hinsichtlich der Annahme des Dokortitels und der Führung des falschen Namens bestätigt und die Strafe deshalb auf 8 Thlr. Geldbuße event. 4 Tage Gefängniß herabgesetzt.

Der Maschinist des Kölner Personenzuges bemerkte am Neujahrstage auf der Tour nach Berlin, und zwar zwischen Wolfenbüttel und Schöppenstädt, ein junges Mädchen dergestalt auf der einen der Eisenbahnschienen sitzen, daß sie das Gesicht dem Zuge zugewandt hatte; der Maschinist bot Alles auf, um den Zug zum Stehen zu bringen, und gab dabei dem Mädchen durch Zeichen zu verstehen, daß es sich von der Bahn entfernen sollte. Das Mädchen schüttelte jedoch mit dem Kopfe und winkte mit der Hand, und da der Train nicht schnell genug angehalten werden konnte, wurde die Unglückliche von der über-

sie hinweggehenden Lokomotive völlig durchschnitten. Man erkannte in der Todten ein 15jähriges Bauernmädchen aus der Nachbarschaft; über ihr Motiv zum Selbstmorde hat man jedoch noch nichts Bestimmtes erfahren können.

Berlin, 6. Januar. Zum ersten Male seit dem Krim-Kriege, schreibt die Berl. Börs. Ztg., ist die Börse gegenwärtig wieder von der Furcht vor einem Kriege befallen, und die Wirkungen davon zeigen sich in dem starken Weichen der Kurse, noch mehr aber in einer schwer zu charakterisirenden gedrückten Stimmung stärker und schneller als unmittelbar vor dem Ausbruche des orientalischen Krieges. Es wird Niemand im Stande sein, bestimmt darüber zu urtheilen, ob die kriegerischen Befürchtungen berechtigt seien oder nicht, trotz der mit so großer Ostentation gethanen Aeußerungen des Kaisers Napoleon sucht man aber vergebens nach konkreten Objecten der vorhandenen Uneinigkeit, während doch die Zeit vorüber ist, wo man aus dem bloßen Stegereiß Kriege oder auch nur kriegerische Demonstrationen begreift. Wenn auch die Wünsche des französischen Kaisers über Reformen in Italien bei Oesterreich auf eine entschiedene Opposition stoßen, wenn auch eine Gährung in Italien zum Theil vielleicht künstlich genährt wird, so liegt dies doch noch weit ab von wirklichen Ereignissen, die zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung geben, und die energische Kraftentwicklung Oesterreichs in seinen italienischen Besitzungen läßt mit Gewißheit auf das Niederhalten jeder Schilderhebung rechnen. Wenn nichtsdestoweniger die Börse entschiedene Besorgnisse zeigt, so darf nicht übersehen werden, daß die Nachwehen der Handelskrise von 1857 auf den Börsen noch in einer Weise lasten, die nach außen hin weniger bemerkbar sein mag, in den betroffenen Kreisen aber schmerzlich empfunden wird. Hierin allein liegt der Grund, daß die Furcht vor jedem ernststen politischen Ereigniß jetzt verdoppelt wirkt. Theils wirkliche beträchtliche Verluste aus der Zeit der Krisis her, theils das immer noch in reichem Maße vorhandene unplatirte Effectenmaterial, theils das vollständige Fernbleiben des Privat-Publitums von der Spekulation, theils auch das Uebermaß vorhandenen Mißtrauens, das sich stets als der Rückschlag eines zu weit ausgedehnten Vertrauens einstellt, haben eine Ruhe und Agonie in den Börsenkreisen schon seit lange Platz greifen lassen, wobei ein gesundes, reges Geschäft nicht aufkommen vermag. Gerade der solide Theil des Börsen-Publitums zieht es vor, sich passiv zu verhalten, um weitere Verluste zu vermeiden, bis sich die Verhältnisse wieder konsolidirt haben werden. In diese Ruhe, die als ein Uebergang zur Besserung anzusehen ist, würde freilich jedes politische ernste Ereigniß wie ein Donner Schlag fahren, denn es fehlt jetzt mehr als je die Kraft, es zu tragen, während z. B. der orientalische Krieg die Börse mit einer Fülle angesammelter Kapitalien, völlig aufgelegt zu den gedehntesten Spekulationen antraf und daher ein gesteigertes Geschäft zur Folge hatte.

Posen, 3. Januar. Durch Reskript des Ministers Flottwell vom 30. Dezember ist es den Polen gestattet worden die Biltsäle ihres großen nationalen Dichters Adam Mickiewicz hier auf dem Kirchenplatze bei der St. Martinskirche aufzustellen.

Hannover, 5. Januar. Die zweite Berathung des Steuergesetzes in zweiter Kammer eröffnete mit der Verwerfung der Personensteuer-Erhöhung, und zwar erfolgte diese Ablehnung mit der entschiedenen Majorität von 47 gegen 36 Stimmen. Um so weniger rechnete man heute, wo die dritte Schlußberatung des Gesetzes anstand, auf die Annahme des Regierungsvorschlages mit einer Majorität von 42 Stimmen; wenngleich nach den Erfahrungen des Sommers, wo mehrfach über Nacht die entschiedenste Mehrheit zur Minderheit wurde, ein solcher Umschlag nicht allzu sehr überraschen darf. Die linke Seite des Hauses hielt es für unmöglich, daß binnen drei Wochen sich die Ansichten selbstständiger Männer der Art sollten geändert haben, daß sie heute anders stimmen würden als das vorige Mal. Welchen Eindruck werde das im Lande machen, zumal im Gegensatz zu der festen Haltung der ersten Kammer gegenüber der Justizvorlage; wie nachtheilig ferner werde es für das Ansehen der Krone sein, wenn man im Lande spreche: weil die Kron-domänen ausgeschieden sind, weil für Monbrillant 600,000 Thlr. haben bewilligt werden müssen, hat man den Steuerpflichtigen als Neujahrsgeschenk neue Steuern aufgedrückt! In der That nämlich schenkte sich heute die ministerielle Rechte nicht, als Hauptgrund für die Steuererhöhung die finanziellen Nachtheile anzuführen, welche die Auscheidung des Krongutes für die Landbestände mit sich geführt habe. v. Bennigsen theilte eins der Kunststückchen mit, durch welche man zu schreden gesucht. Wie man den Herren vom Adelsbause gesagt, es komme ein Ministerium von Männern der linken Seite, wenn sie gegen die Regierung stimmen würden, so habe man den Bauern des Volksbause vertraulich mitgetheilt, daß ein vollständiges Junkerministerium im Anzuge sei, falls man die Steuererhöhung ablehnen

